

mittendrin

Ausgabe 12 / 2011
Information des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Foto: Archiv



Für ein verlässliches Angebot der S-Bahn

Privatisierung der S-Bahn ist der falsche Weg

LINKE Berlin ruft zur Unterstützung des S-Bahn-Volksbegehrens auf

Die große Koalition aus SPD und CDU hat ihren Koalitionsvertrag vorgelegt und in vielen Bereichen gibt diese Regierung die falschen Antworten. Wie beim Wohnungsbau, bei der Wasserversorgung und beim Strom- und Fernwärmenetz wird auch für die Zukunft der S-Bahn eine Lösung propagiert, die vor allem die Profitinteressen von privaten Investoren im Blick hat. Alle Vereinbarungen und Aussagen der SPD-CDU-Koalitionäre laufen darauf hinaus, dass der S-Bahn-Betrieb in einzelnen Teilnetzen ausgeschrieben werden wird. Offiziell heißt es zwar noch, dass man die S-Bahn

ihrer Mutter, der Deutschen Bahn AG, abkaufen möchte. Aber niemand hat bisher jemals gehört, dass die DB überhaupt verkaufsbereit wäre. Und selbst wenn, wäre ein Kauf der S-Bahn, die durch den Abbau von Mitarbeitern und Wartungskapazitäten systematisch auf Verschleiß gefahren wurde, um die Abführungen an den Mutterkonzern zu erhöhen, ein riskantes Geschäft. Keiner weiß, was bei der S-Bahn noch im Argen liegt. Gegen diese geplanten Teilnetzausschreibungen und die dadurch drohende (Teil-)Privatisierung des S-Bahn-Betriebs wendet sich der Berliner S-Bahn-Tisch – ein Bündnis,

das u.a. von der Eisenbahngewerkschaft (EVG), attac, Fahrgastverbänden, der Volkssolidarität und der Linken Berlin unterstützt wird. Der S-Bahn-Tisch hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Offenlegung des Verkehrsvertrags vorsieht und Anforderungen an den S-Bahn-Betrieb festschreibt: Mehr Personal auf die S-Bahnhöfe, eine garantierte Anzahl von eingesetzten Zügen und Wagons, verbesserte Barrierefreiheit und – ganz zentral – die Vorgabe, dass Sozialstandards und Löhne der Beschäftigten zu Tarifbedingungen festgelegt werden. Dies alles ist in einem Gesetzentwurf aufgeführt, den der S-Bahn-Tisch als Volksbegehren eingebracht hat. Seit dem Sommer werden nun dafür Unterstützungsunterschriften gesammelt. Ende November haben bereits über 16.000 Berlinerinnen und Berliner das Volksbegehren unterschrieben – es sollte also gelingen, die erforderlichen 20.000 Unterschriften bis Mitte Dezember zu erreichen. Dann kann die zweite Phase des Volksbegehrens beginnen: rund 170.000 Unterschriften sind dann notwendig, um einen Volksentscheid herbeizuführen.

Die LINKE in Berlin unterstützt das Volksbegehren, weil die Berlinerinnen und Berliner endlich wieder ein verlässliches S-Bahn-Angebot brauchen, weil (Teil-)Ausschreibungen und (Teil-)Privatisierungen der falsche Weg sind und weil die Berliner S-Bahn nicht zerschlagen werden darf. Wesentliche Ursache für das katastrophale Bild der S-Bahn war die Gewinnvorgabe der Deutschen Bahn, die sich weiterhin für einen Börsengang aufhübschen will. Der Einstieg von privaten S-Bahn-Betreibern würde diesen – auf Profit- statt Gemeinwohlinteressen setzenden – Zustand noch verschlimmern: zum Nachteil der Fahrgäste und Beschäftigten.

Malte Krückels
vertritt den Landesvorstand der
Berliner LINKEN beim S-Bahn-Tisch.

Der S-Bahn-Tisch macht mobil

Die Unterschriftenlisten müssen bis zum **15. Dezember** in einer Sammelstelle abgegeben sein – unter anderem sind alle Geschäftsstellen der **LINKE** in Berlin auch Sammelstellen.

Aktuelle Informationen, Unterschriftenlisten zum Ausdrucken und eine Auflistung der Sammelstellen finden sich auf der Webseite des S-Bahn-Tisches (www.s-bahn-tisch.de)

DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Ergebnisse der BVV

► **Anfragen u. a.:**

Entspricht es den Tatsachen, dass das BA beabsichtigt, öffentliche Zuwendungen nur an solche Vereine und Initiativen auszureichen, die für sich und ihre Kooperationspartner eine Garantieerklärung für Ihre Treue zum Grundgesetz unterschreiben? Wie steht das BA zu Rechtsgutachten und Äußerungen namhafter Persönlichkeiten wie z.B. des ehemaligen Bundestagspräsidenten Thierse, der die Einführung der Bekenntnisklausel auf Bundesebene so kommentierte: »Dieses Vorgehen ist demokratiepolitisch fatal, kontraproduktiv und es widerspricht dem Geist unserer Verfassung.« oder zu den Worten des Generalsekretärs des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, der sagte: »Die Extremismusklausel der Bundesregierung ist ein Symbol für den Überprüfungswahn, die Bürokratisierung und schließlich das Misstrauen dieser Regierung und damit von Teilen der konservativliberalen Politik in die eigenen Bürger...«?

DIE LINKE (0020/IVI)

► **Überwiesen u. a.:**

Das Bezirksamt wird gebeten, die organisatorischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um so bald als möglich alle Sitzungen der BVV Mitte per Live-Stream ins Internet zu übertragen und anschließend zum Download zur Verfügung zu stellen.

DIE LINKE (0030/IVI)

Bericht aus der BVV

Geisterstunde

Kurz vor Mitternacht entschieden die Bezirksverordneten über den Antrag der CDU, das Grillen auf der Wiese an der John-Forster-Dulles-Allee im Großen Tiergarten zu verbieten. Das Ergebnis aus der geheimen Wahl ist wohl nichts für Freigeister - das Grillverbot ab Januar 2012 wurde mit knapper Mehrheit beschlossen. 26 Bezirksverordnete stimmten mit Ja, 25 mit Nein bei einer Enthaltung. Durchgesetzt haben sich die Geister des Verbots und des Administrierens, was angesichts der Schwarz-roten Zählgemeinschaft und ihrer politischen Schwerpunkte zu befürchten war. Die Sozialdemokraten laufen Gefahr, ihr Image von Offenheit und sozialem Ausgleich zu verlieren. Denn abgestimmt wurde eben nicht nur über ein Grillverbot, sondern es ist ein Zeichen für die Stadt, welchen Politikstil Schwarz-Rot zu betreiben gedenkt.

Für viele hunderte Familien, die kein Eigenheim oder Garten besitzen, ist das ein herber Einschnitt in ihre bisherige Freizeitgestaltung. Wie sie im Sommer darauf reagieren werden, bleibt offen. Deshalb setzte sich unsere Fraktion zusammen mit den Grünen und den Piraten dafür ein, eine Entscheidung über das Grillverbot noch eine Zeitlang offen zulassen, um eine solche rigorose Maßnahme öffentlich zu diskutieren.

Auch die Fraktion DIE LINKE will nicht, dass öffentliche Gelder des Bezirkshaushalts

in dieser Höhe für die Beseitigung der Müllberge und Vegetationsschäden nach Grillwochenenden eingesetzt werden müssen. Wer sein Picknick mit Grillen im Tiergarten organisieren kann, muss auch in der Lage sein, Abfälle und Verpackung anschließend wieder mit nach Hause zu nehmen. Leider hielten sich bisher zu wenige an diese Regel und dachten nicht über die Folgen nach. Das Bezirksamt spricht von ca. 300 000 Euro, die der Bezirk allein im letzten Jahr für die Müllentsorgung und Behebung der Vandalismusschäden ausgeben musste. Bei weit geringeren Summen gab es dagegen für manche Kinder- und Jugendprojekte das Aus, weil kein Geld mehr vorhanden war. Diesen Zusammenhang müssen die Nutzer des Tiergartens buchstäblich vor Augen haben. Öffentliche Räume sollen von allen genutzt werden können, aber nicht von einzelnen Gruppen aus Nachlässigkeit und Verantwortungslosigkeit zu Lasten der Allgemeinheit. Mehrsprachige Aufstelltafeln vor Ort und intensive öffentliche Diskussion auch in fremdsprachigen Medien sollen aufklären und verdeutlichen: Gibt es keine wesentliche Änderung, wird es 2013 ein Grillen im Tiergarten nicht mehr geben.

Nun aber ist das sofortige Verbot beschlossen. Wie viel Geld tatsächlich eingespart werden kann – denn ein Verbot muss kontrolliert werden und auch Picknick ohne Grillen bringt Müll, wenn sich das Verhalten nicht ändert – und ob dann aus dem Eingesparten etwas für neue Projekte eingesetzt wird – müssen CDU und SPD bei den kommenden Haushaltsberatungen erst noch nachweisen.

Elke Reuter

Ausgelesen:

Nicht nur die Schuhe sind rot...

Heidi Knake-Werner stellt ihr neues Buch vor

Im Oktober stellte Heidi Knake-Werner, Senatorin a.D. ihr Buch »In roten Schuhen – Meine politischen Wege« vor.

Das Buch, in dem sie ihren politischen Werdegang beschreibt, liest sich spannend, was vor allem ihrem spannenden Lebenslauf geschuldet ist. Auf 190 Seiten werden die einzelnen Abschnitte ihres politischen Weges erzählt. Als Schlüsselerlebnis berichtet sie, wie sie als Mitglied der SPD 1970 die Volksrepublik Polen und das ehemalige faschistische Vernichtungslager Auschwitz besuchte. Angesichts der dort verübten Verbrechen wurde ihr klar, dass man etwas tun muss. Heidi Knake-Werner begann, sich aktiv in die Politik einzumischen sowohl im DGB als auch in der SPD. Die dort vertretene Politik – vor allem in sozialen Fragen – war ihr zu eng.

Sie wechselte 1981 in die DKP; 1990 trat sie der PDS bei. 1990 bis 2002 war sie Mitglied des Bundestages. Ab 2002 wurde sie Senatorin im Berliner Senat, zunächst für den Bereich Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, danach für Integration, Arbeit und Soziales. Im Oktober 2009 trat sie aus Altersgründen von ihrem Amt zurück; sie übergab den Staffelstab an Carola Bluhm.

Heidi Knake-Werner beschreibt mit Stolz ihre Erfolge, klammert aber auch Widerstände und Kritisches nicht aus.

Denis Ruh



Foto: Archiv

Eine Frau mit Rückgrat

Heidi Knake-Werner,
»In roten Schuhen – Meine politischen Wege«,
Ulrike Helmer Verlag,
ISBN 978-3-89741-332-0

Prävention statt Intervention

Handeln bevor der erste Schuss fällt

DIE LINKE ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die die Haltung »Nie wieder Krieg«, welche nach der Nazi-Herrschaft einmal zum gesellschaftlichen Konsens in BRD und DDR gehörte, konsequent vertritt. Auch gilt unser »Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr« - das durch das Erfurter Programm noch einmal bekräftigt wurde, als größte Hürde für eine Beteiligung unserer Partei an der Macht im Bund. Dafür müssen wir uns seltsamerweise oft rechtfertigen: Weltfremd und illusorisch gehören in diesem Zusammenhang zu den harmloseren Vokabeln in der politischen Auseinandersetzung.

Im Folgenden möchte ich kurz skizzieren, warum es sich nicht lohnt, diese Hürde zu überspringen und warum DIE LINKE gut daran tut, an ihrer konsequenten Haltung festzuhalten.

Der erste Aspekt liegt in der aktuellen Konzeption deutscher Außenpolitik. Der Koalitionsvertrag der heruntergejazzten schwarz-gelben Koalition geht von einer »wertegebundenen und interessengeleiteten« Außenpolitik aus. Statt aber Werte wie Solidarität, Gleichberechtigung, oder zumindest Multipolarität in der internationalen Politik zu fördern, bleibt die Bundesregierung im Schützengraben einer längst verlorenen Zeit liegen: »In der Zeit der Globalisierung muss der Westen

zu mehr Geschlossenheit finden, um seine Interessen durchzusetzen und gemeinsame Werte zu bewahren«, wie es weiter heißt. Es geht also um freien Marktzugang und Ressourcensicherheit und um die Dominanz des Westens. Dazu ist man bereit, die Bundeswehr in eine Interventionsarmee nach Gusto der NATO umzugestalten: Out of area Einsätze, wie sie die NATO-Strategie vorsieht, sollen schon bald möglich sein. Das Völkerrecht wird als nur eine mögliche Handlungsoption benannt. Die Zahl der im Ausland eingesetzten BundeswehrsoldatInnen nimmt seit Jahren kontinuierlich zu – freilich ohne Erfolge zu zeitigen, wie das Beispiel Afghanistan eindrucksvoll zeigt. Die Frage muss erlaubt sein, wie Deutschland überhaupt zu einer friedlichen Welt beitragen kann, wenn sich die Verantwortlichen wie Spieler in einem »great game« um Einfluss und Ressourcen verhalten.

Der zweite Aspekt liegt in der deutschen Geschichte begründet: Glanz und Gloria Preußens wurden leider nicht nur an den Universitäten errungen, sondern vorrangig auf den Schlachtfeldern. Dabei ging es um soldatische Tugenden, eine leistungsfähige Rüstungsindustrie und den Vorrang des Militärischen gegenüber allen Bereichen des zivilen Lebens. Dieser Militarismus wurde von der faschistischen Diktatur genutzt, geschärft und mit Hitlers Vernichtungsfeldzügen auf die äußerste Spitze getrieben. Natürlich ist das heutige Deutschland weder mit Preußen und erst recht nicht mit dem Dritten Reich zu vergleichen, doch vor dem Hintergrund des unermesslichen Leids, das von deutschem Boden seinen Anfang genommen hat und aus Respekt vor den Opfern und ihren Nachkommen sollte eine Außenpolitik, die Diplomatie und Interessensausgleich in den absoluten Vordergrund setzt, zur Staatsräson gehören.

Die heutzutage maßgeblich von NGOs getragene Konfliktprävention wird nur Stückwerk bleiben, wenn die zentralen Herausforderungen der internationalen Politik des 21. Jahrhunderts nicht angegangen werden. Was wir benötigen, ist die demokratische Konzeption einer gerechten Verteilung von Naturressourcen, eine solidarische Welt-handelspolitik, eine Initiative zur Überwindung des weltweiten Hungers, von Armut und Massenkrankheiten und Ideen, wie den Menschen, die aus ihren Ländern flüchten, geholfen werden kann. Ein deutscher Beitrag dazu wäre viel nützlicher, als immer mehr Soldatinnen und Soldaten an die Front zu schicken.

Oliver Schröder

»Zweifürallerlei«

Eine junge Frau eröffnete vor kurzem mit ihrer engen Freundin ein Kaffee-Pub in der Pappelallee 15. In der Nähe des S-Bahnhofes Eberswalderstrasse und der Kulturbrauerei entstand ein Kaffee im britischen Stil das sich über rundum eigens selbst gezauberte Cakes, Pies, Treats, Cupcakes und special designed Cookies auszeichnet. Zwischen 15 Uhr und 19 Uhr ist Teatime, wo alle Arten an Tee angeboten werden. Dazu kann man selbstgebackene Muffins und auch Marmelade genießen. Scones, Bread, Soups, Snacks, Breakfast and salty Pies werden für den large appetite angeboten. Es gibt Faire-Traide gehandelten Kaffee und original italienischen Espresso, sowohl self-created Jahreszeiten-Getränke und eine Vielfalt an ausgewählt guten Whiskysorten, Wein, britisches Bier und Cider. Auch Club-Mate fehlt nicht im Angebot.



Ausstattung im Jugendstil

Die Ausstattung ist im Jugendstil »Art Deco« gehalten, was dem Kaffee eine warme und gemütliche Note verleiht und zum Verweilen einlädt. Verschiedenartige Sitzgelegenheiten sind so angeordnet, dass man sich ungestört fühlen kann. Bequeme Sofas aus den Zwanzigern und ein Separee mit Blick auf den dahinterliegenden Park, sowie Spiegel und kleine Tische, Grünpflanzen liebevoll angeordnet, verleihen dem Besucher das Gefühl, in einem Wohnzimmer zu sitzen. An den in grün gehaltenen Wänden findet man Bilder von Mucha. Die Toilette ist geräumig und behindertengerecht. Das Kaffee hat – außer montags – ganztags geöffnet und ist einen Besuch wert.

Korinna Wunder

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit Rechtsanwalt André Roesener:

An jedem ersten Mittwoch des Monat von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Kleiner Saal im Erdgeschoss – statt.

Termine im LinksTreff, Malplaquetstr.

12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Jeden 1., 2., 3. und 4. Mittwoch im Monat: kostenlose Beratung zu Hartz IV/ Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete durch die Rechtsanwältin Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

Jeden Donnerstag ab 16.00 Uhr **Schüler-nachhilfe** für Schüler der 1. bis 7. Klasse (Anmeldung unter 28705751)

Kurzmeldungen

► Eine Skulptur für ein tapferes Leben

An der Wilhelmstraße/Ecke An den Kolonnaden erinnert jetzt eine Gedenkskulptur an den Antifaschisten Georg Elser, der am 8. November 1939 vergeblich versucht hatte, dem Leben des braunen Diktators Hitler in München ein Ende zu setzen. Der Berliner Ulrich Klages gewann mit seinem 17 Meter hohen eindrucksvollen Werk jüngst einen internationalen Kunstwettbewerb. Gedenktafeln am Sockel der Skulptur informieren über Leben und Wirken von Georg Elser, der nach quälenden Haftjahren am 9. April 1945 im Konzentrationslager Dachau ermordet wurde.

► Endsport auf dem Gartenplatz

Mit dem dritten und letzten Bauabschnitt wird zur Zeit die Umgestaltung des Gartenplatzes in Wedding bis zum Frühjahr 2012 abgeschlossen. Auf dem bisherigen Sandspielplatz entsteht ein Basketballplatz, erweitert werden verschiedene Spielmöglichkeiten wie Trampolinspringen und Tischtennis. Eine Steinplastik lädt zum Sitzen und Klettern ein. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen 350 000 Euro, finanziert aus dem Programm soziale Stadt.

► Zoo lockt mit Flusspferd-Baby

Ein jüngst geborenes Flusspferd erfreut gegenwärtig viele Zoobesucher. Mutter Nicole zeigt die noch namenlose Tochter mit der ganzen Horde von kraftvollen Geschwistern. Spaß bleibt nicht aus. Das Jüngste plumpst vorerst noch öfter etwas hilflos ins tiefere Wasser des Beckens, wird dann von der Mutter zurück ins flachere Wasser befördert. Übrigens: Das Jüngste ist eine Urenkelin der einst berühmten Bulette im Zoo. Für den Nachwuchs wird ein Name gesucht – Vorschläge beim Kurator Kühne willkommen.

► Ein Camp im Spätherbst

Anhänger einer Occupy-Bewegung haben auf dem Gelände des früheren Pressestrandes an der Spree mit bunt bemalten Zelten ein zweites Camp im Stadtzentrum aufgeschlagen. Man sei kapitalismuskritisch und brauche diesen »Ort der Empörung«, äußerte ein Camper vor Ort. Die Pächterin des Geländes duldet das Camp der jungen Leute, sie werde nichts dagegen unternehmen, solange sie friedlich sind.

Quellen: Berliner Tageszeitungen/de

Menschen in Mitte

Paul Schmidt – Berliner Exzentriker und Multitalent

»Ich bin ein Exzentriker«, behauptet Paul Schmidt von sich. Vielmehr ist der 32jährige Künstler aus Berlin-Mitte ein Multitalent. Der Autodidakt malt, zeichnet, schreibt Gedichte, Sketche und Songs, entwirft Druckmotive für T-Shirts. Ein spezielles Gen scheint er vom Vater zu haben, der in seiner Freizeit viele Jahre schnitzte, afrikanische Masken anfertigte. Das einzige Studium waren sechs Semester »Kunst und Kulturgeschichte Nordafrikas« an der Humboldt-Universität.

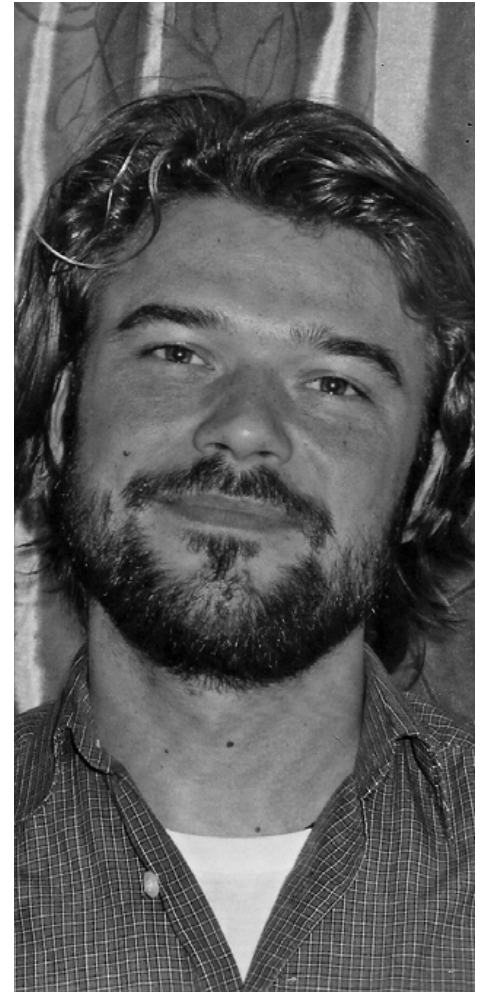
Vor über einem Jahr gründete Paul Schmidt zusammen mit weiteren Kunstschöpfern den Verein »Berliner Exzentriker«. »Das war für mich ein Sprung nach vorn«, betont der gebürtige Berliner. »Gemeinsam sind wir voller Tatendrang. Neuartig, kreativ aber auch kommerziell wollen wir uns in der reichen und vielfältigen Kunstszene unserer Stadt etablieren.« Leidenschaft, Sarkasmus, Parodie, Witz, abstrakte Formen, Erotik nennt er als bestimmende Ausdrucksfaktoren ihres Wirkens.

Im Mauerpark und zur Erotikmesse Menschen ansprechen

Sehr schnell erregten die fünf Aufsehen mit einer ersten Ausstellung in Pauls früherer Wohnung in einer fünften Etage in der Hirtenstraße. Über 400 Gäste bestaunten farbenprächtige Möbel aus Paletten, Wohnaccessoires, Gemälde und andere Kreationen. Am 13. August standen Besucher des Mauerparks Schlange nach zertifizierten Ausschnitten aus einer zehn Quadratmeter großen Leinwand auf einem Mauerstück, die die Künstlergruppe mit Comics zur Frage »Was ist Freiheit?« bemalt hatte. Zur jüngsten Erotikmesse am Funkturm verteilten die Exzentriker lustige Visitenkarten mit ihrem Logo, Homepageadresse und einem Kondom.

»Wir wollen die Menschen ansprechen«, ist das Anliegen des jungen Künstlerteams, »sie zum Nachdenken und Philosophieren anregen in unserer absurden, vom Geld dominierten Gesellschaft«. Für das bevorstehende Jahr hat es viele Pläne. Im Studio und im Keller von Paul Schmidts neuer Wohnung in der Alten Schönhauser Straße warten fast 300 Ölgemälde auf Leinwand und Hartfaser sowie Skulpturen aus Holz darauf ausgestellt zu werden. »Wir träumen von einem Laden in der Mitte Berlins, in dem wir unsere Werke zur Schau stellen, aber auch Lesungen,

Gespräche und Feste organisieren können«, schwärmt er. Dafür wollen sie Sponsoren suchen, den Stadtbezirk und den Senat um finanzielle Unterstützung bitten.



Anreger: Paul Schmidt

Aber schon konkret ist das Vorhaben, in der Bar »Kosmetiksalon Babette« in der Karl-Marx-Allee mehr als 60 Bierdeckel, die Paul Schmidt mit den verschiedensten Motiven bemalt hat, zu präsentieren. In manchen Nächten führen er und seine Mitstreiter junge Touristen aus aller Welt und Berliner Bummler durch originelle Kneipen und Bars - vom VEBOZ am Hackeschen Markt über das PIPS in der Linienstraße bis hin zum Sophienklub - und erzählen dabei über Künste, Künstler und die Kunsthauptstadt. »Das bringt uns etwas Kleingeld, aber vor allem immer neue Kontakte«. Die wollen ja die Exzentriker über ganz Berlin und weit darüber hinaus ausbauen.

Gebäude in Berlin

Parochialkirche

»Occupy«-Bewegung wurde Asyl gewährt

Foto: Archiv



1946 als Notkirche genutzt

Die Kirche befindet sich in Mitte zwischen der Klosterstraße, der Parochialstraße und der Waisengasse. Neben der Kirche steht die alte Stadtmauer Berlins, von der noch Teile erhalten sind.

Die Parochialkirche ist der erste Kirchenbau Berlins, der eigens für die Anhänger der reformierten Kirche gebaut wurde. Diese Gemeinde in Berlin und Cölln war entstanden,

nachdem der Brandenburgische Kurfürst zum Calvinismus übergetreten war. Der Kurfürst Friedrich III., der spätere König Friedrich I., erteilte 1694 die Genehmigung zum Kauf des Grundstücks zwischen Klosterstraße und Waisengasse und zum Bau der Kirche.

Am 15. August 1695 legte Friedrich III. den Grundstein für die Kirche. Dieses Jahr gilt als Geburtsjahr der Parochialkirche.

Anfang des 18. Jahrhunderts wurde in der Kirche ein mit einem Uhrwerk kombiniertes Glockenspiel mit 37 Glocken installiert. Dieses Glockenspiel, von der Berliner Bevölkerung »Singuhr« genannt, war europaweit einmalig.

Im Mai 1944 fielen auf die Kirche Bomben, wodurch der Turm und der Innenraum zerstört wurden. Auch das Glockenspiel fiel den Bomben zum Opfer.

1946 konnten Teile des Gebäudes als Notkirche genutzt werden. Nach einigen baulichen Sicherungen konnten ab 1950 Gottesdienste stattfinden. Bemerkenswert ist, dass der bekannte DDR-Künstler Fritz Kühn aus aufgefundenen Schrottteilen ein Kreuz fertigte, das im Altarraum aufgehängt wurde.

1961 fand der letzte Gottesdienst statt. Gleichwohl gehen die Arbeiten zur baulichen Wiederherstellung der Kirche weiter und sollen 2012 abgeschlossen sein, einschließlich der Rekonstruktion des Glockenspiels.

Gottesdienste werden kaum noch abgehalten; das Gebäude beherbergt vor allem Ausstellungen.

Hinter der Kirche befindet sich der Kirchhof, auf dem noch historische Grabsteine zu finden sind. Vor einigen Wochen beherbergte der Kirchhof ungewöhnliche Gäste: Die Initiatoren der »occupy«-Bewegung suchten einen Platz für ihr Camp, was ihnen von der Kirchenleitung gewährt wurde. Dieses Asyl ist inzwischen beendet; das Camp befindet sich zur Zeit auf dem ehemaligen Bundespressestrand. **Denis Ruh**

Bei anderen gelesen

► Schokoladen lehnt Vergleich ab

Im Streit um die Räumung des Wohn- und Kulturprojektes Schokoladen in der Ackerstraße 169 hat der Betreiberverein einen Vergleich abgelehnt und fordert weiterhin eine dauerhafte Lösung für den Erhalt des Wohn- und Kulturprojektes an seinem angestammten Ort.

»Berliner Woche«, 16.11.2011

► Bundespressestrand unterm Hammer

Am 30. 11. endet die neunjährige Erfolgsgeschichte des international bekannten Bundes-Pressestrandes im Regierungsviertel. Berlins berühmteste Baechbar muss weg, weil der Bund hier einen weiteren Betonklotz für 1000 Beamte des Bildungsministeriums bauen will. Jetzt campen die Kapitalismuskritiker der Occupy-Bewegung davor.

»Berliner Woche«, 16.11.2011

► Rassistische Untertöne gibt es in allen Schichten

»Eine ernste Gefahr von Nazis in Deutschland: das war für Politik, Polizei und Justiz ein Tabu. Plötzlich sind alle sehend geworden. Warum nicht viel früher? Weil es eine Sympathisantenszene gibt. Rassistische Untertöne sind in allen Schichten der Gesellschaft vernehmlich.« (Friedmann im Interview)

»Berliner Zeitung«, 17.11.2011

► Schwere Zeiten für Gegendemos

»Polizei darf Informationen über rechte Demonstrationen bis zum Tag der Veranstaltung zurückhalten« sagt der scheidende Innensenator Erhard Körting. Kritik an dieser Praxis gibt es vor allem deshalb, weil sie rechtsextremen Demoanmeldern in die Hände spielt. Teile der Polizeieinschätzung bezeichnet Marion Selig (Linksfraktion) als »verharmlosend«.

»taz«, 17.11.2011

► Frau Merkel beendet den Aufschwung

Wenn Frau Merkel nicht zur europäischen Rezessionskanzlerin werden will, sollte sie den Wahn schnell stoppen, den sie gerade mitbefördert und den uns wichtigsten Partner endlich stützen, statt ökonomisch wie finanziell zu peinigen und uns damit am Ende selbst zu schaden. Gegen Finanzmarktpanik hilft irgendwann nur noch, die Schulden zu garantieren und Pleiten auszuschließen. Sonst erfüllt sich die Panik von selbst. (Thomas Frickes Tagebuch aus der Welt der Wirtschaftswunder.)

»Financial Times«, 11.11.2011

DIE LINKE – BVV-Fraktion Berlin-Mitte

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden Montag von 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10.00 – 11.30 Uhr, im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt. Tel. 901824565

Ein Spaziergang zwischen den Geschmäckern

Irene Runges Spaziergang

Die üblichen Herbstkrankheiten sind noch nicht zu spüren, der Saisonmodetupfer ist ein vielfach gewundener Schal, der auch gegen Durchzug schützen kann. Im Kaffeehaus neuen Typs ist nicht die Politik mit innen- und außenpolitischen Verästelungen die Hauptsache, sie reden hier Computersprache und Englisch, mit Internetbildern und technischen Kürzeln. Mir wäre lieber, vom Kinoprogramm zu hören, das aber ist in den engen Cafés der alten Mitte noch weniger Thema als die Liebschaften, während die Finanzkrise mit Ursachen und Folgen nebst kulinarischen Vorlieben für alle Ohren gedacht scheint. Der bittere Espresso, den ich als Mokka kenne, lässt hinter der Zeitung den Gesprächen wildfremder junge Leute zuhören.

Im Vegan-Restaurant sind die Sitzabstände breiter. Ich lasse mir die gute Suppe empfehlen, will wissen, warum eine absolut fleischlose Rindfleischroulade auf Vegan Rindfleischroulade heißt. Das hat noch nie jemand gefragt. Jedenfalls finden jetzt Ecke Acker- und Linienstraße nicht nur fundamentalistische Vegetarier eine Deutsche Küche ohne Fleisch, Honig, Fett, Ei, Butter, Fisch vor. Ganz gegenteilig lockt herzige Gastronomie an der Südwestecke des Gendarmenmarkts, wo das gesottene Fleisch bayrischer Masttiere duftet und halb- oder literweise helle und dunkle Biere vom Fasse fließen und ein farbkraftiger Wandfries Augustinergeschichten erzählt. Es gibt auch Kaiserschmarrn herausragender Güte. Seit 2010 behauptet sich hier das Augustiner Bräu, 1328 in München gegründet, ist Teil vom preußischen Berlin. Weil im Nachwendeeifer Cafe Möhring anders als die Bierunternehmer vor Ort, ohne investiven Umbau hantierte, blieb das Ambiente so ungeeignet wie zuvor, der DDR-Charme des Personals tat sein Übriges. Aber dem Kuchen, dem habe ich nachgetrauert.

Geographisch und kulinarisch sehr nahe ist seit kurzem auch das Münchner Hofbräuhaus hinterm Alex. Der alte Fresswürfel war schon längst gefallen, Innova verzog sich, jetzt soll es dort biergemütlich sein. In Berlins Mitte schmeckt es nun auch nach München. Aber damit nicht genug. Spazierend sah ich in der Friedrich-, Rosenthaler- und Ackerstraße mehrere größere Sushi-Restaurants, die auf die baldige Inanspruchnahme warten.



Soviel Spaß kann lernen machen

Foto: SOS-BAZ

SOS-Berufsbildungszentrum im Wedding

Noch immer fehlen tausende betriebliche Ausbildungsplätze

Am 11.11.2011 feierte das »SOS-Berufsbildungszentrum Berlin« (BAZ) in der Oudenarder Str. 16 im Wedding sein 15jähriges Bestehen. Derzeit besuchen 250 junge Erwachsene aus 20 Ländern der Welt diese Einrichtung des »SOS-Kinderdorf e.V.«.

Oft fehlen ausreichende Deutschkenntnisse, es sind Jugendliche mit schlechtem oder fehlendem Schulabschluss. Dank dem Engagement des BAZ erreichten über 1000 Berliner Jugendliche in den vergangenen 15 Jahren einen anerkannten Ausbildungsabschluss. Sie erlernen Berufe in den Bereichen Gastgewerbe, Handwerk, Medien oder Verwaltung.

Durch die Schwächen des deutschen Bildungssystems und seine mangelnde Förderung sind viele junge Menschen den heutigen Anforderungen der Wirtschaft nicht gewachsen. Das trifft besonders Familien migrantischer Herkunft. Im BAZ wird versucht, durch gute Ausbilder, Lehrkräfte und Sozialpädagogen einen Ausgleich zu schaffen.

Die Schirmherrschaft der Festveranstaltung trug die Bundesministerin von der Leyen. Offenbar war es ihr Anliegen, sich in der er-

folgreichen Arbeit der Pädagogen des Ausbildungszentrums zu sonnen. Sie brauchte sich allerdings nur ein wenig in Berlin und Brandenburg umzublicken, um zu anderen Einsichten über die Erledigung der Hausaufgaben der Bundesregierung zu kommen:

Warteschleifen und Mängel in Berlin-Brandenburg für die Auszubildenden

Im 6.Ausbildungsreport der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg wird klar und deutlich, dass noch immer über 14.000 betriebliche Ausbildungsplätze fehlen. Jugendliche werden in Warteschleifen »geparkt«, anstatt ihnen eine qualifizierte Ausbildung anzubieten.

Rund 3000 Auszubildende aus 63 Berufen wurden für den 6. Report 2011 befragt. Die Bilanz: 30% der befragten Jugendlichen müssen regelmäßig Überstunden machen; jeder Vierte bricht die Ausbildung ab. Nur 40% der jungen Menschen werden nach ihrer Ausbildung vom Betrieb unbefristet übernommen.

Nur noch jeder vierte Betrieb bildet aus; die Unternehmervverbände allerdings rufen gleichzeitig lauthals nach Fachkräften...

Rainer Scholz

Auf in die Oppositionsarbeit!

Kein einfaches »Weiter so wie bisher«

Die Wahlen liegen nun schon eine ganze Weile hinter uns. Die Fraktion hat sich gebildet, das Parlament ist schon einige Male zusammen getreten. In den Bezirken wurden die Bezirksversammlungen konstituiert und die Bezirksämter gewählt. Die neue Rot-Schwarze Koalition hat ihren Koalitionsvertrag verabschiedet und ist gerade im Moment dabei, die Senatorinnen und Senatorenposten zu besetzen und die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre auszuwählen.

Für uns als momentan stärkste Oppositionspartei - Zahlenmäßig sind die Grünen im Abgeordnetenhaus zwar mehr, doch von Stärke kann bei den Streitigkeiten innerhalb ihrer Fraktion keine Rede sein - gilt es, nun kraftvoll in die Arbeit im Parlament zu starten. Unsere Ideen werden wir vortragen und uns innerhalb der Stadtgesellschaft

Partnerinnen und Partner für die Umsetzung suchen. Die Opposition ist unsere Chance, für unsere Vorstellungen von Strategien zur Transformation zu werben. Wir wollen zeigen, dass wir die Ängste der Menschen vor und in der Krise nicht instrumentalisieren sondern ernst nehmen. Wir haben die Chance, unsere Themen offensiver voranzubringen, als es uns innerhalb der Regierung möglich war. Wir wollen dazu beitragen, die soziale Infrastruktur der Stadt zu sichern, Projekte gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus voranzubringen. Wir wollen für vernünftige Arbeitsbedingungen ebenso streiten, wie dafür, dass die Menschen nicht weiter aus ihren Kiezen verdrängt werden. Wir setzen uns ein, dass die Bildung kostenfrei, gut und durchlässig sein wird und für eine Rückgewinnung der Energienetze. Wir wollen die progressive Flüchtlings- und

Integrationspolitik der letzten Jahre verteidigen und gegen die Kommerzialisierung der öffentlichen Infrastruktur kämpfen.

Ein einfaches »Weiter so wie bisher!« darf es nicht geben! Wir freuen uns zwar, dass unsere Ideen nun auch mit der CDU umgesetzt werden - 8,50 € Mindestlohn ist wohl das beste Beispiel! - doch die Stadt entwickelt sich weiter. Und so sollte sich auch die Regierungspolitik weiter entwickeln. Es zeigt sich anhand des Koalitionsvertrages ganz deutlich: DIE LINKE war in der Rot-Roten Regierung der letzten zehn Jahre die inhaltlich treibende Kraft, wenngleich sie gerade in der zweiten Hälfte der letzten Legislatur nicht immer so wahrgenommen wurde. Kompetenz, Ideenreichtum und Tatkraft sind Attribute, mit denen wir auch in der Opposition weiterhin verknüpft werden wollen. Wir wollen gemeinsam mit allen Berlinerinnen und Berlinern unsere Stadt weiter voranbringen. Wir haben fünf Jahre Zeit, fangen wir an!

Carola Bluhm

Wer entscheidet, wem ich »zugehöre«?

Tage des Interkulturellen Dialogs 2011 / ARiC- Antirassistisch- Interkulturelles Informationszentrum e.V.

Vom 17. Oktober bis 17. November 2011 fanden zum neunten Mal die Berliner Tage des Interkulturellen Dialogs statt. Über 60 Organisationen, Institutionen und Vereine haben die Initiative aufgegriffen und mehr als 50 Dialogrunden angeboten. Die Veranstaltungsreihe stand in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft von Marianne Ballé Moudoubou, Sprach- und Kulturwissenschaftlerin, Vertreterin der Migrantinnen und Migranten im Rundfunkrat des rbb.

Das diesjährige Thema war Zugehörigkeit und Selbstbestimmung. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe ist häufig das Resultat einer eigenen Entscheidung. So kann man sich einem Sportverein, einer politischen Partei oder auch einer Religionsgemeinschaft anschließen. Es gibt jedoch Gruppen, die man sich nicht aussucht. Dennoch wird man durch Zuschreibungen von außen als »zugehörig« angesehen. Das Alter, das Geschlecht, der Wohnort oder die Staatsangehörigkeit sind Kategorien, die sich teilweise individuell nicht einfach ändern lassen und die daraus resultierende Kategorisierung hat oft einen gravierenden Einfluss auf das Leben.

Im Rahmen der Dialogtage wurden Fragen dazu aufgeworfen, inwieweit sich die selbst- bzw. auch fremdbestimmte Zuordnung zu einer Gruppe auf die eigene Identität auswirkt und wie sich verhindern lässt, dass Unterschiede zwischen solchen

gruppenbezogenen Identitäten forciert und somit zugleich Konflikte geschürt werden.

Die Gesprächsrunden boten Gelegenheit, sowohl das eigene Selbstverständnis zu überprüfen als auch gemeinsames Handeln zu vereinbaren sowie aktives bürgerschaftliches Engagement zu verstärken.

Tage des Interkulturelles Dialogs 2011 sind ein Projekt des Vereins ARiC- Antirassistisch- Interkulturelles Informationszentrum e. V.

Der Verein ARiC Berlin e.V. wurde im September 1993 gegründet: Für Menschlichkeit und Gleichbehandlung - Gegen Diskriminierung! Für gesellschaftliche und individuelle Verantwortung - Gegen Gleichgültigkeit!

Mit den Informationsangeboten, Beratungsleistungen und Netzwerkaktivitäten möchte der Verein einen Beitrag leisten

- zur Förderung des interkulturellen Dialogs als Beitrag zur wechselseitigen Verständigung und als Impulsgeber für gemeinsames Handeln
- zum Umgang und zur Auseinandersetzung mit Vielfalt und Verschiedenheit
- zum Abbau rassistischer Vorurteile und aller Formen sozialer, rechtlicher und politischer Diskriminierung.

ARiC Berlin ist Mitglied:

- im Bundesverband und im Regionalverband für Interkulturelle Arbeit VIA
- im Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte und als Vertreter dieses Netzes im Europäischen Netz gegen Rassismus ENAR

- im Europäischen Netz UNITED for Intercultural Action
- im Verein BERLIN 21, der sich für die zukunftsfähige Entwicklung der Stadt Berlin im Rahmen der Lokalen Agenda 21 einsetzt.

Kadriye Karci

Weitere Informationen über den Verein unter dieser Website: <http://www.aric.de>

Politische Bildung

03.12.2011, 10.30 bis 17.00 Uhr

»Was ist linke Wirtschaftskompetenz und wie kompetent sind wir?«

Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Seminarraum 1, 1. OG, Berlin
Mit Michael Brie, Christa Luft, Frank Thiel,
Helmuth Markov

10.12.2011, 10.00 bis 19.00 Uhr

»Willkommen zu Hause? – Situation der Roma in der EU«

Abgeordnetenhaus Berlin,
Niederkirchnerstraße 5
Mit Lothar Bisky, Romani Rose, Gregor Gysi u.a.

19.12.2011, 18.00 Uhr,

*»geDRUCKtes« – Karl-Liebknecht-Haus
Gesine Löttsch und Gäste*

Weihnachten auf abchasisch: Violetta Rudat stellt ihr Buch »Meine abchasischen Rezepte – Die Küche der Langlebigen« vor.

Das ist das Letzte

Das Letzte, was Oma immer sagte, wenn ich ihr wimmernd eine Wunde auf meiner Haut vorzeigte, war der tröstliche Satz: »Alles Leid heilt die Zeit!« Heutzutage lauern überall Wunden, die unter die Haut gehen. Manche greift »Die Zeit« auf. Öfter aber auch »BILD«. Da war kürzlich zu lesen, dass der Abiturient Sebastian Falmert aus Marzahn seinen Hartz IV leidenden Eltern mit einem Ferienjob unter die Arme greifen wollte. Als Packer im Supermarkt verdiente er 527 Euro. Doch dann forderte das Job-Center 270 Euro zurück, weil der Junge mit seinen Eltern eine Bedarfsgemeinschaft ist, wo alles über 100 Euro im Monat verrechnet wird. Das Sozialgericht zuckt bei unsozialen Gesetzen mit den Schultern. Der Bericht der BILD-Zeitung endet lakonisch, dass der Junge »wochenlang umsonst gearbeitet hat und nun das Geld in Raten zurückzahlen muss«. Eine tolle Protestaktion von dem »Kampfbblatt gegen Unmenschlichkeit« – sofern es um China geht. Frau Merkel, die für einen Künstler gerne mal in Peking auf den Tisch haut, hat ansonsten in Paris und Brüssel zu tun. In Berlin fragt sie nur, was die SPD dazu sagt. Die SPD guckt nach, was Die Linke dazu gesagt hat. Und dann sagt die CDU, was Jahre zuvor Die Linke verlangt hat – ohne Quellenangabe, versteht sich. Ach, sind das erbärmliche Gaukler! Dabei sind die Tatsachen unübersehbar: Die Reallöhne sind in den letzten zehn Jahren um Null gewachsen, die Gewinne der Großunternehmer um 460 Prozent. Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. 15,6 Prozent der Deutschen sind von Armut bedroht, sagt das Statistische Bundesamt. Wer unter 940 Euro im Monat hat, gehört dazu. Arbeitslose und Alleinerziehende sind zu 43 Prozent dabei. Welche Bürgerrechtler tragen Kerzen vor das Kanzleramt? Wieviel Platz räumt BILD dafür ein?

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28

10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204

Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 21.11.2011

Ausgabebetrag für Nr. 01/2012 – 12.01.2012

Bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich mehrere hundert Genossinnen und Genossen der Linken.Berlin um dem Aufruf von Campact und attac unter dem

Demo: Banken in die Schranken!

DIE LINKE Berlin-Mitte war dabei

Motto »Banken in die Schranken!« zu folgen und das Berliner Regierungsviertel symbolisch zu umzingeln. Nach offiziellen Angaben waren zwischen 5000 und 10000 Protestierende am Berliner Hauptbahnhof, doch ist die Erkenntnis ernüchternd, dass zur selben Zeit wahrscheinlich doppelt so viele Menschen im Einkaufszentrum Alexa den »Auswüchsen des Kapitalismus frönten«. Aber der Empörung über die herrschenden Zustände, wie Rettungsschirmen für Banken statt für Menschen, die von CDU, FDP, Grünen und Teilen der SPD mit verursacht wurden, trieb doch eine beachtliche Mischung aus kapitalismuskritischen Organisationen wie der GEW in Gestalt ihrer Landesvorsitzenden Sigrid Baumgardt, der Grünpartei und der Antifa auf die Straße und in Richtung Regierungsviertel. Der Videotext des rbb erwähnte aber lediglich die Teilnahme der Grünen, der GEW und verdi. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Bei den Organisatoren handelte es sich nicht um die occupy-Bewegung und somit waren Parteisymbole erlaubt. So bunt und breit wie diese Mischung auch aussehen mochte, so argwöhnisch beugte man sich. Der Sprecher auf dem Wagen forderte zwar zur Geschlossenheit und zu gemeinsamen Vorgehen auf, kritisierte die Regierungspolitik von Grünpartei und Linker aber so scharf, dass es schwer fiel zueinander zu finden. Nach etwa einer Stunde stand die Kette um das Regierungsviertel; freilich hielten sich alle an den Händen, doch die Bewegungen wie campact, occupy oder attac stehen noch am Anfang ihrer Arbeit. Gemeinsame Appelle müssen her und die latente Kritik, die von »Raus aus dem Euro« bis »Verstaatlichung aller Banken« reicht, sollte um konkrete Forderungen, wie Tobin-Steuer, Mindestlohn, Verbot von Parteispenden der



Foto: Tom Erdmann

Tausende fordern: Ackermann & Co. zur Kasse

Wirtschaft und endlich einer politischen Union in einem solidarischen Europa ergänzt werden. Die Linke wird mit den Protestierenden solidarisch sein und auch in Zukunft ihre Mitglieder und SympathisantInnen zur Teilnahme an Protesten gegen die herrschenden Verhältnisse aufrufen. Es braucht keine 99% um zu einer Massenbewegung zu werden. 51% ist auch schon die Mehrheit. **Tom Erdmann**

Allen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten, allen Leserinnen und Lesern der **mittendrin** wünschen wir erholsame Weihnachtsferien, einen »geschmeidigen« Übergang in das neue Jahr und uns allen viel Glück und Erfolg in 2012!
Bezirksvorstand, BVV-Fraktion, Redaktion der »mittendrin«

Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- Zum 91. Eveline Lüders
- zum 90. Margarete Marggraf, Luzie Rosenberg
- zum 89. Anneliese Goetz
- zum 87. Marianne Berge
- zum 86. Werner Hötling, Hans-Ullrich Wolff
- zum 84. Anneliese Gunkel
- zum 83. Ingeburg Ciesielski, Wilhelm Schmidt, Arthur Schultz, Gerald Wagner
- zum 82. Edith Große, Ingelinde Kliche, Lothar Rohland, Peter Thielmann
- zum 81. Jürgen Gruner, Gerhard Rohde
- zum 80. Günter Fröschner, Günter Grade, Waldin Reinsch, Ernst Ritschel
- zum 75. Elisabeth Janowski

DIE LINKE. Berlin-Mitte im Internet !

www.dielinke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »Mittendrin« zum Herunterladen.

Bezirksverband Mitte – Facebook

DIE LINKE. BVV-Fraktion Berlin-Mitte im Internet !

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf den neusten Stand.